



Antrag zur Ratsversammlung am 10.05.2019

Kommunales Wahlrecht für so genannte Drittstaatsangehörige (Menschen aus Nicht-EU-Staaten)

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung der Stadt Geesthacht spricht sich für ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen aus. Deshalb fordert sie die Landesregierung, den Bundestag und den Bundesrat dazu auf, sich für eine entsprechende Änderung des Artikels 28 Absatz 1 des Grundgesetzes einzusetzen, um den Bundesländern eine Ausweitung des kommunalen Wahlrechts zu ermöglichen.

Begründung:

In Geesthacht leben rund 4.600 Menschen mit einem Pass aus anderen Ländern, davon etwa 3.000 Personen aus Nicht-EU-Staaten, so genannte Drittstaatsangehörige. Nur ein geringer Anteil von ihnen dürfte gleichzeitig über eine doppelte Staatsangehörigkeit verfügen.

Der Vertrag von Maastricht vom 7. Februar 1992 hat allen Unionsbürger*innen das aktive und passive Kommunalwahlrecht in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem sie ihren Wohnsitz haben, eingeräumt. In Deutschland wurde diese Vorgabe noch vor Inkrafttreten des Vertrages durch die Einführung von Artikel 28 Abs. 1 S. 3 des Grundgesetzes umgesetzt. Drittstaatsangehörige hingegen sind weiterhin auch auf kommunaler Ebene von der Teilnahme von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen. Wenn Unionsbürger*innen, die seit drei Monaten in Deutschland gemeldet sind, bei Kommunalwahlen wählen dürfen, nicht aber Drittstaatsangehörige, die seit vierzig Jahren in Deutschland leben, dürfte dies dem Rechtsempfinden vieler Menschen widersprechen.

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, müssen Integration und Partizipation Hand in Hand gehen. Die Erweiterung des Kommunalwahlrechts auf Drittstaatsangehörige würde die Integrationsbemühungen unterstützen und dürfte damit im Interesse der gesamten Gesellschaft liegen.

In 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist das Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige bereits Realität. Die bevorstehende Europawahl ist ein guter Anlass, sich über solche weiteren Integrationsschritte Gedanken zu machen und entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Für die Fraktion, Jens Kalke